

betreffend sozialhilfeabhängige Migrantinnen und Migranten

Ein BAZ Bericht von September 06 hat in der Öffentlichkeit noch einmal ein soziales und wirtschaftliches Problem zur Diskussion gestellt: Ein hoher Anteil der SozialhilfebezügerInnen sind MigrantInnen. In einer Welt der Globalisierung, welche die Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen, des Kapitals sowie der Personen garantiert, werden aus solchen Zahlen vorschnell Schlüsse gezogen, die einer sorgfältigen Analyse nicht Stand halten. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe erklärt die Sozialhilfeabhängigkeit nicht ausreichend.

Mit dem Strukturwandel der Wirtschaft brauchen Schwächere mehr Unterstützung. Wir sind mit einer ungesunden Entwicklung konfrontiert, bei der Rekordgewinne der grössten Firmen und die Löhne der Topmanager auf Kosten der sozialen Verantwortung explodieren; Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe wachsen gleichermassen wie der Profit der globalisierten Unternehmen.

Das Grundprinzip einer solidarischen Gesellschaft ist im Kern Verantwortung von Mensch zu Mensch, das heisst Sorge zu tragen für die Andern, die Sorge des Stärkeren für die Schwächeren.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie erklärt sich der Regierungsrat, dass ein hoher Anteil der SozialhilfebezügerInnen Migrantinnen und Migranten sind?
2. Welche Massnahmen wurden zur Verbesserung der oben erwähnten Situation bereits ergriffen?
3. Welche Massnahmen sind zusätzlich geplant?

Talha Ugur Camlibel